

Eugenie Trützschler von Falkenstein: Der Kampf der Tschechen um die historischen Rechte der böhmischen Krone im Spiegel der Presse 1861—1879. (Veröff. des Osteuropa-Institutes München, Reihe Geschichte, Bd. 50.) Otto Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 1982. 237 S.

Die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg wäre kaum erklärbar ohne die Kenntnis der jahrzehntelangen Auseinandersetzungen um das sogenannte böhmische historische Staatsrecht, die das Geschichtsbild der Tschechen bis in die Gegenwart entscheidend geprägt haben. In ihrem Kampf gegen den Wiener Zentralismus beschränkten sie sich ja nicht auf das von ihnen besiedelte Gebiet, sondern bezogen ihre Forderungen auf den ganzen, durch die historische Tradition bestimmten Raum der Länder Böhmen und Mähren und des von Schlesien bei Österreich verbliebenen Restes, also auch auf die von den Deutschen bewohnten Gebiete. Mit der Auffassung, daß nach der Niederlage der böhmischen Stände in der Schlacht auf dem Weißen Berg die Kontinuität des böhmischen Staatsrechts keine Unterbrechung erfahren habe und ein in die Gegenwart fortwirkendes Recht darstelle, glaubte man eine wirksame Waffe auch für den politischen Tageskampf gefunden zu haben — eine Argumentation, die der liberalen Verfassungsdoktrin und dem Rechtspositivismus der Deutschen Österreichs völlig unverständlich erschien.

Der Streit über diese Frage, der jahrelang das politische Leben der Deutschen und Tschechen in den böhmischen Ländern beherrschte und die Kluft zwischen beiden Völkern immer größer werden ließ, wird von der Vf.in der vorliegenden Arbeit an Hand von Pressestimmen aus den Jahren 1861—1879, also vom Beginn des österreichischen Konstitutionalismus und dem Erscheinen der ersten tschechischen Tageszeitung an bis zum Eintritt der Tschechen in den Wiener Reichsrat vorgeführt. Die mit viel Fleiß und Umsicht ausgewählten Pressezitate, die mit sichtlichem Bemühen um Objektivität beiden Parteien gegenüber kommentiert werden, lassen deutlich die Kompromißlosigkeit erkennen, mit der die Presseorgane der Tschechen wie der Deutschen Böhmens auf ihrem Standpunkt „unverrückbar“ beharrten und ihre Leser in einen Fanatismus hineinsteigerten, der eine Umkehr kaum mehr möglich machte. Anders war die Schreibweise des Regierungsblattes, der „Prager Zeitung“, die unentwegt um neue Lösungen und Ausgleichsvorschläge bemüht war, und der um Äquidistanz beiden Seiten gegenüber bemühten Presse des Auslands, etwa der als „Kreuzzeitung“ bekannten „Neuen Preußischen Zeitung“, die aus ihrer Ablehnung beider Standpunkte kein Hehl machte: nannte sie das Verhalten der Tschechen „halb verrückt“, so tadelte sie die deutsch-böhmische Haltung als unduldsam. Freilich wäre man der Vf.in dankbar gewesen, wenn sie — statt lediglich den historischen Ablauf der deutsch-tschechischen Auseinandersetzungen und das Aneinander-vorbeireden ihrer Presseorgane darzustellen — die einzelnen Punkte des staatsrechtlichen Programms (über das in der historischen Einleitung Gesagte hinaus) und die Folgerungen für die praktische Tagespolitik systematisch zusammengefaßt hätte, um gegenüber den zitierten abwertenden Bemerkungen von Beust und Schöffle eine Vorstellung vom böhmischen Staatsrecht „in seiner ganzen Breite“ zu vermitteln, oder wenigstens für einen Hinweis auf die hierüber vorliegenden, z. T. auch in deutscher Sprache erschienenen neueren Arbeiten von Valentin Urfus. Dafür hätte man gern auf manches verzichtet, was mit dem eigentlichen Thema in keinem oder doch nur sehr entfernten Zusammenhang steht, etwa den Streit um Wahlsysteme und Wahlreform, die Frage der Schwurgerichte, die „Moskauer Pilgerfahrt“ oder die Auseinandersetzung um Landessprache und landesübliche Sprache.

Leider wird die Freude an dem Buch durch eine große Zahl von Irrtümern, Druck- und Übersetzungsfehlern sowie Namensverstümmelungen (die vielleicht auf Fehler bei der Tonbandübertragung zurückgehen) beträchtlich getrübt. Sie sind dann besonders störend, wenn sie auch in das Register Eingang gefunden haben, etwa der abwechselnde Gebrauch der Namen Lobkowitz und Jabkowitz oder die Einordnung von Alois Brinz unter Prinz. Zu den Mängeln des Registers zählen auch die Verwechslung des Ministers Josef Jireček mit seinem Sohn Konstantin oder des Ministers Franz Stadion mit seinem Bruder Rudolf. Verwirrend ist die Verwendung der Bezeichnungen Bezirk und Kreis: Die Kreisbehörden wurden in Böhmen 1862 aufgelassen, bei den erwähnten Kreisvertretungskörperschaften handelt es sich um die Bezirksvertretungen, die aber — schon wegen der viel geringeren räumlichen Ausdehnung — keineswegs eine ähnliche Rolle spielten, wie die Komitate in Ungarn. Ebenso handelt es sich bei dem auf S. 181 erwähnten Kreishauptmann um den Bezirkshauptmann. Bei der Übersetzung von „ohrožení“ mit Verwarnung (S. 42) liegt offenbar ein zweifacher Fehler vor: der tschechische Ausdruck heißt wohl „ohražení“ und das kann nur mit Verwahrung übersetzt werden. Sollten unter den „Bicardialbezirken“ (S. 107) die Vikariatsbezirke der Wahlordnung vom 26. Mai 1848 gemeint sein? Die Verwechslung von Reichsrat und Reichstag, die Bezeichnung der Städtekurie als „ständische“ Kurie, die Verwendung des Ausdrucks „Krönungsländer“ statt Kronländer verblässen gegenüber der Bezeichnung der St.-Wenzels-Krone als St.-Veits-Krone.

Linz/Donau

Helmut Slapnicka

Norbert Englisch: Braunkohlenbergbau und Arbeiterbewegung. Ein Beitrag zur Bergarbeitervolkskunde im nordwestböhmisches Braunkohlenrevier bis zum Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie. (Veröff. des Collegium Carolinum, Bd. 41.) R. Oldenbourg Verlag. München, Wien 1982. 336 S.

Wenn und wo sich die Volkskunde den Strukturwandlungen im Gefolge der Industrialisierungsprozesse zuwendet, sieht sie sich einem Gesamtgeschehen konfrontiert, das alles andere als einheitlich ist. Im Gegenteil: überall zeigen sich soziokulturelle Desintegrationen, Diskontinuitäten und Konfliktlagen, vor allem im antagonistischen Verhältnis der sich formierenden Arbeiterschaft zu den „ständischen“ Gruppierungen, im Kampf des Proletariats um ein menschenwürdiges Dasein in den industriellen Frühphasen mit ihrer schroffen Trennung von Arbeit und Leben, mit heute unvorstellbar langen Schichtzeiten und niedrigen Löhnen. Unter solchen Verhältnissen konnte sich eine „Arbeiterkultur“ — deren Erforschung immer stärker zu einem volkskundlichen Desiderat geworden ist — nur in sehr schwachen Ansätzen verwirklichen. Dennoch gibt es — schon von der Klassenlage und dem Aufbruch des Sozialismus her — eine Fülle spezifischer struktureller Manifestationen in Lebens- und Gesellschaftsformen, Verhaltensweisen, Solidaritäts- und Protestäußerungen usw. Auf diesem weiten, noch wenig bestellten Untersuchungsfeld sind die Ansätze zur Montanindustrieregionsforschung bedeutsam mit dem Aufweis der Übergänge aus dem primären in den sekundären Sektor mit allen Konsequenzen tiefgreifender Umschichtungen der gesamten Soziokultur. Die Herauslösung der Bergarbeiterschaft aus ihrem berufständischen Gefüge ist dabei von be-